

Pressemitteilung – 16. März 2016

AV zum Positionspapier „Afrika-Politik“ der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:

Thema Wirtschaft kommt zu kurz

Berlin – „Es ist gut, dass die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag sich verstärkt mit der Afrikapolitik befasst. Allerdings hat sie die Chance verpasst, grundlegende Reformen der Entwicklungspolitik anzustoßen und konkrete Schritte zur Stärkung des Engagements deutscher Unternehmen auf dem Kontinent einzufordern“, kommentiert Stefan Liebing, Vorsitzender des Afrika-Verein der deutschen Wirtschaft, das afrikapolitische Positionspapier der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag. „Das Papier verharrt weitgehend auf den Pfaden der traditionellen Entwicklungszusammenarbeit. Stattdessen ist aber eine Neuorientierung notwendig: Die Projektentwicklung im Infrastruktur- und Energiebereich muss beschleunigt werden. Und es muss stärker der Akzent auf unmittelbar beschäftigungsfördernde Investitionen von Unternehmen gesetzt werden.“

„Wir teilen die Einschätzung der CDU/CSU-Fraktion, dass die Förderinstrumentarien den Zielmärkten und den aktuellen Bedürfnissen der deutschen Wirtschaft angepasst und die Möglichkeiten zur Absicherung von Risiken im Afrika-Geschäft mittels Exportkreditgarantien verbessert werden müssen. Diese berechtigten Forderungen müssen zügig umgesetzt, aber vor allem auch konkretisiert und erweitert werden“, so Liebing weiter.

„Afrikanische Regierungen investieren derzeit Milliarden in den Ausbau ihrer Häfen, Straßen und Städte. 10 Milliarden Euro stehen für den Ausbau Erneuerbarer Energien in Afrika zur Verfügung und auch an der Modernisierung der Landwirtschaft wird vielerorts gearbeitet. Das Interesse afrikanischer Regierungen diese Prozesse mit deutschen Firmen zu bestreiten ist groß. Wenn wir aber verhindern wollen, dass die deutsche Wirtschaft auf den Zukunftsmärkten in Afrika in vielen Feldern Nischenanbieter bleibt, dann ist auch eine verbesserte staatliche Unterstützung gefragt. Wettbewerbsvorteile entstehen Mitbewerbern aus anderen Ländern vor allem durch eine zum Teil sehr offensive politische Flankierung und Finanzierungsmodelle, die unsere Firmen nicht anbieten können“, so der AV-Vorsitzende abschließend.